

PRESSEMITTEILUNG

DIN EN ISO 9001 zertifiziert

Metallarbeitgeber: M+E-Unternehmen in Region Heilbronn-Franken angesichts von Wirtschaftseinbruch und Strukturwandel erheblich unter Druck

Schäuble: „Betriebe können in dieser dramatischen Situation keinen weiteren Anstieg der Arbeitskosten verkraften, Entlastungen sind dringend erforderlich“

HEILBRONN – Die Metallarbeitgeber in der Region Heilbronn-Franken sehen die Branche angesichts des coronabedingten heftigen Wirtschaftseinbruchs und des massiven Strukturwandels erheblich unter Druck. „Klar ist, dass die Unternehmen in dieser dramatischen Situation keinen weiteren Anstieg der Arbeitskosten verkraften können. Vielmehr benötigen sie dringend Entlastungen“, erklärte der Vorstandsvorsitzende der Südwestmetall-Bezirksgruppe Heilbronn/Region Franken, Karl Schäuble, am Donnerstag in Heilbronn anlässlich eines Pressegesprächs zur Tarifrunde.

Der Trend zur Digitalisierung und zum Umstieg auf alternative Antriebe mache in der Metall- und Elektroindustrie (M+E) enorme Investitionen nötig, erläuterte Schäuble, der auch Geschäftsführer der Illig Maschinenbau GmbH & Co. KG ist: „Die Corona-Pandemie hat diesen Strukturwandel noch beschleunigt. Die Unternehmen müssen diese Investitionen jetzt unter noch größerem Zeitdruck schultern, während ihnen gleichzeitig wegen der Wirtschaftskrise die Umsätze auf breiter Front wegbrechen. Da wirkt die Vier-Prozent-Forderung der IG Metall für die kommende Tarifrunde völlig aus der Zeit gefallen.“

Die M+E-Unternehmen mühten sich, auch in dieser schwierigen Zeit ihre Belegschaften möglichst an Bord zu halten, sagte Hans-Jörg Vollert, Vorstandsmitglied der Bezirksgruppe und geschäftsführender Gesellschafter der Vollert Anlagenbau GmbH: „Davon zeugt auch der hohe Einsatz von Kurzar-

beit. Allerdings brauchen wir in dieser Situation auch die Unterstützung der IG Metall.“ Es müsse automatische Entlastungen vom Flächentarifvertrag für Firmen geben, die besonders von der Krise betroffen sind. „Der Tarifabschluss muss einen Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten, und nicht selbst zur Krise werden“, unterstrich Thomas Zaborowski, Senior Vice President Division Hardparts der Rheinmetall Automotive GmbH.

Die Gewerkschaftsforderung nach einer Vier-Tage-Woche mit teilweise Lohnausgleich sei kein zielführender Lösungsansatz zur Beschäftigungssicherung, erklärte Rolf Kummer, Geschäftsführer der Armaturenfabrik Franz Schneider GmbH + Co. KG: „Denn das würde ja ebenfalls die Arbeitskosten weiter nach oben treiben. Und das können die Betriebe angesichts der gewaltigen Belastungen schlicht nicht verkraften. Die IG Metall muss mit uns vielmehr nach Lösungen suchen, wie wir zu Kostenerleichterungen kommen.“

Markus Schramek, Geschäftsführer der BEW-Umformtechnik GmbH, wies daraufhin, dass es in guten Zeiten regelmäßig stattliche Lohnerhöhungen für die Mitarbeiter gegeben habe. In der Krise erwarte man nun aber, dass die Belegschaften umgekehrt mit dazu beitrügen, die Unternehmen kostenseitig zu entlasten. Die drohenden Mehrkosten durch Lohnerhöhungen würden darüber hinaus zu einem deutlich geringeren Spielraum im Bereich der dringend benötigten Investitionen führen. Oberstes Ziel sollte es daher sein, Arbeitsplätze nachhaltig zu sichern und nicht individuelle Lohnerhöhungen durchzuboxen. „Klar ist doch: Wenn die Wirtschaft in den Keller fährt, kann es für die Löhne nicht im Aufzug nach oben gehen“, ergänzte Johannes Helmich, Geschäftsführer der Kaco GmbH + Co. KG.

Norbert Prause, Personalleiter der Lauda Dr. R. Wobser GmbH & Co. KG, betonte: „Beschäftigung sichern wir nur mit Erfolg am Markt. Dazu brauchen wir die besten Produkte, die Möglichkeit die hierfür notwendigen Investitionen vornehmen zu können, erstklassigen Service – und einen wettbewerbsfähigen Preis.“